

C8 Gerechte Finanzierung des Sozialstaats – keine Kürzungen bei Sozialleistungen, sondern Reform von Steuerprivilegien und Stärkung der Vermögensbesteuerung

Antragsteller*in: KV Nordhausen

Tagesordnungspunkt: 8 Antragsberatung und Beschlussfassung

Antragstext

Der Landesparteitag möge beschließen:

1. Die SPD bekräftigt ihre klare Haltung gegen Kürzungen sozialer Leistungen.

Der Sozialstaat darf nicht über Einschnitte bei den Schwächsten finanziert werden, sondern muss durch eine gerechte Steuer- und Abgabenpolitik gestärkt werden.

2. Die SPD setzt sich dafür ein, dass das Steuersystem im Bereich der Sozialabgaben grundlegend überprüft wird.

Dabei soll insbesondere geprüft werden, inwieweit steuerliche Absetzbarkeiten von Pflichtversicherungsbeiträgen (§ 10 EStG, z. B. Kranken-, Pflege-, Renten-, Arbeitslosenversicherung, Rürup/Riester)

zu sozial unausgewogenen Effekten führen, und ob und wie diese steuerlichen Begünstigungen reformiert oder begrenzt werden können, um den Grundsatz der Gleichheit und Solidarität zu wahren.

3. Die SPD fordert die Wiederbelebung einer gerechten Vermögensbesteuerung und eine konsequente Reform der Erbschaftssteuer, um hohe Vermögen und Erbschaften stärker an der Finanzierung des Gemeinwohls zu beteiligen.

Damit sollen unter anderem zusätzliche Spielräume zur Finanzierung sozialer Infrastruktur, Pflege, Bildung und Gesundheit geschaffen werden.

4. Ziel ist eine sozial gerechte Lastenverteilung, die dem Grundgesetz (Art. 3 und 20 GG) entspricht, Teilhabe ermöglicht und gesellschaftlichen Zusammenhalt stärkt.

Begründung

Eine solidarische Gesellschaft braucht eine Finanzpolitik, die das Gemeinwohl stärkt, nicht Privilegien zementiert.

Derzeit profitieren insbesondere Besser- und Spitzenverdienende über steuerliche Abzugsmöglichkeiten nach § 10 EStG überproportional von der Absetzbarkeit ihrer Sozialabgaben.

Menschen mit niedrigen Einkommen können diese Vorteile dagegen kaum nutzen – sie bleiben Nettozahler im System.

Diese Ungleichheit widerspricht dem sozialdemokratischen Grundsatz, dass starke Schultern mehr tragen sollen.

Während Steuerprivilegien im oberen Einkommensbereich bestehen bleiben, wird regelmäßig über Kürzungen bei Sozialleistungen diskutiert – eine verkehrte Verteilungspolitik, die dem Solidarprinzip zuwiderläuft.

Eine gezielte Reform dieser Absetzbarkeiten sowie die Wiedereinführung der Vermögenssteuer und eine gerechte Ausgestaltung der Erbschaftssteuer würden helfen,

die Finanzierung des Sozialstaats auf eine breitere, gerechtere Grundlage zu stellen und öffentliche Aufgaben nachhaltig zu sichern.

Soziale Sicherheit, Bildung, Pflege und Gesundheit sind kein Kostenfaktor, sondern Grundpfeiler einer gerechten Gesellschaft.

Kürzungen gefährden diese Grundlagen – eine progressive Steuerpolitik hingegen stärkt sie.